

Zeit und Heimat

2. November 2000 · Nr. 3
43. Jahrgang

Beiträge zur Geschichte, Kunst und Kultur
von Stadt und Kreis Biberach

Seit 1924 Beilage der „Schwäbischen Zeitung“
Ausgabe Biberach an der Riß

Von Hartwig Abraham, Ummendorf

Als die Sicherheitskompanie den 8-Stunden-Tag überwachte

Aus dem Protokollbuch des Biberacher Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates

Im Gemeinderatsprotokoll Nr. 431 der Oberamtsstadt Biberach vom 11. November 1918 ist ein einmaliger Vorgang der Stadtgeschichte festgehalten. Dort ist zu lesen: „Der Vorsitzende Stadtschultheiß Doll wird abberufen. Der Arbeiterrat wünscht ihn zu sprechen.“ Was war geschehen?

In Deutschland hatten sich in der Revolution von 1918 in Betrieben und einzelnen Truppenteilen Arbeiter- und Soldatenräte als Träger des Umsturzes organisiert. Insbesondere die Soldatenräte, die sich im Anschluss an die Kieler Matrosenrevolte im Oktober und November 1918 überall im Reich bildeten, verhinderten eine militärische Niederschlagung der revolutionären Bewegung. Die Arbeiter- und Soldatenräte, in ländlichen Gegenden formierten sich auch Bauernräte, erzwangen den Rücktritt der Landesfürsten und des Kaisers. Sie beanspruchten alle gesetzgeberischen Funktionen für sich und verlangten die Kontrolle sowohl über die vollziehende Gewalt im Staat als auch über

die Rechtsprechung. Die Räte ließen aber in der Regel die überkommenen Verwaltungsstrukturen unangetastet und begnügten sich mit deren Leitung und Kontrolle. Dessen ungeachtet forderten Unabhängige Sozialisten und Spartakisten unter Verwerfung der parlamentarischen Demokratie ein Räteystem für Deutschland.

Auch in der württembergischen Novemberrevolution spielten die Räte eine wichtige Rolle. Im ganzen Land waren bis zum Ende des Jahres 1918 Räteorganisationen entstanden, zu deren Führern im allgemeinen Vertreter der örtlichen Arbeiterorganisationen gewählt wurden. Im Verlauf des Winters 1918/19 setzten sich auf allen wichtigen Räteversammlungen in Württemberg die so genannten Revisionisten durch, also die Anhänger einer politisch gemäßigten und auf soziale Reformen bedachten Richtung. Die revolutionären Spartakisten – sie waren vornehmlich in Stuttgart stark vertreten – spielten seither keine we-

sentliche Rolle mehr. Die württembergischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sahen ihre Aufgabe vor allem in der Kontrolle bestimmter Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Dazu zählten in erster Linie die Kontrolle über die Lebensmittel- und Wohnraumbeschaffung, die Versorgung mit Brenn- und Leuchtstoffen sowie die Bekämpfung des Schleichhandels und die Erteilung von Auskünften und Weitergabe von Informationen.

Rudolf Gehring, der damalige Vorsitzende der Landesauschusses der Arbeiterräte in Württemberg, erinnerte sich 1970: „Die Revisionisten standen der Rätebewegung ablehnend gegenüber. Die Mehrheit im Landesauschuß sah in den Räten eine Einrichtung zur bewußten Unterstützung der Regierung – eine eigenständige Politik wurde zu keiner Zeit angestrebt.“

„Der ungehinderte Fortgang des bürgerlichen Lebens“

In der Oberamtsstadt Biberach kam es am 11. November 1918 zur Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrates. Revolutionäres hatte er aber nicht im Sinn: In seiner Ausgabe vom 13. November berichtete der „Anzeiger vom Oberland“ über das Ereignis: „... hat sich am Montag hier unter dem Vorsitz des Herrn Leutnant Schirlitz ein Soldatenrat gebildet. Dieser beabsichtigt lediglich,

„Ein jeder erfülle seine Pflicht.“ Erster Aufruf des Biberacher Arbeiter- und Soldatenrates (Anzeiger vom Oberland, 13. November 1918).

Aufruf an die Bevölkerung.

Der heute hier gebildete Arbeiter- und Soldatenrat bittet die Einwohnerschaft Biberachs im Interesse einer geordneten Durchführung der Neubildung wie bisher Ruhe und Ordnung zu halten. Ein jeder erfülle seine Pflicht, damit ist seinem und dem Interesse Aller am besten gedient. Die bisherige Oberamtsbehörde und Stadtverwaltung hat sich der neuen Regierung unterstellt; alle weiteren Maßnahmen erfolgen im Einvernehmen mit diesen Behörden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Biberach.

Karl Ott, Schreiner. Schirlitz, Leutnant.

Biberach, 11. Nov. 1918.

die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Irgendwelche Eingriffe in das Zivilleben sind nicht geplant. (...) Nachdem ebenfalls am Montag unter dem Vorsitz von Herrn Karl Ott, Schreiner, ein Arbeiterrat gebildet wurde, fand am gleichen Tage abends eine Aussprache zwischen dem Soldaten- und dem Arbeiterrat statt. Die Teilnehmer an dieser Beratung beschlossen einstimmig, von jedem Umzug und jeder Demonstration Abstand zu nehmen." Die erste Abordnung des Arbeiterrates, die sich an den Stadtschultheißen und den Gemeinderat wandten und „ihn zu sprechen wünsche“ bestand aus dem Schreiner Karl Ott, dem Bäcker Karl Lieb und dem Korbmacher Heinrich Simon sowie dem Mechaniker Albert Pflug. Als Ergebnis der Unterredung vermerkt das schon erwähnte Protokoll Nr. 431 der Gemeinderatsitzung: „Das bürgerliche Leben nehme seinen ungehinderten Fortgang auch unter der neuen Staatsordnung. (...) Die Stadtverwaltung mit ihrer gesamten Beamtschaft (müsse sich) im Interesse der Allgemeinheit der neuen Ordnung zur Verfügung stellen.“

Soldatenrat und Sicherheitskompanie

Der Soldatenrat – er wurde nicht durch die Initiative der Soldaten vor Ort, sondern durch einen Befehl der Brigade aus Ulm ins Leben gerufen – sah seine wichtigste Aufgabe in der Betreuung der aus dem Felde heimkehrenden Soldaten. Dazu gehörte die Bereitstellung von Unterkünften und Verpflegung sowie Vermittlung von Reisemöglichkeiten. Außerdem „wurde eine militärische Ortswache von 20 Mann eingeführt zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, sowie Wachdienst.“ (AvO, 10. Dezember 1918.) Die Mitglieder des Soldatenrates waren im Einzelnen: Vorsitzender: Leutnant Schirlitz; Leiter des Bezirkskommandos: Unteroffizier Krayl und Gefreiter Mattes; Leiter Reserve-Lazarett Jordanbad: Gefreiter Speckle und Militärkrankwärter Budderas; Leiter Reserve-Lazarett Biberach: Sergeant Seif und Gefreiter Reichle und vom Zweig-Lazarett Mädchenschule (heute: Pflug-Schule): Feldunterarzt Schrägle und Militärkrankwärter Fischer (Gemeinderatsprotokoll 431/1918; AvO, 14. November 1918).

Arbeiter-, Soldaten- und Bauerrat für den Oberamtsbezirk Biberach.

Am Samstag den 30. November

findet von abends 7 Uhr ab im Gasthaus zur „Post“ in Ochsenhausen eine

Versammlung

Rat, in der Gemeinderat Stetter aus Stuttgart über die derzeitige politische und wirtschaftliche Lage sprechen wird.

Alle wahlfähigen Männer und Frauen von Ochsenhausen und Umgebung werden zur Teilnahme an dieser Versammlung eingeladen.

Der Vorsitzende des Arbeiter-, Soldaten- und Bauerrats:
Ott.

Biberach, 28. November 1918.

Der aus Wain gebürtige David Stetter war Redner auf der ersten Versammlung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauerrates im Oberamt Biberach am 30. November 1918 in Ochsenhausen (Anzeiger v. Oberland, 30. November 1918).

Einer der ersten Anträge des Soldatenrates war der Wunsch nach „Aufstellung einer Ehrenpforte am Bahnhof (und eine) Musikbegleitung“ zum Empfang des Landwehrebataillons. (Gemeinderats-Protokoll 448, 18. November 1918.)

Die Landesversammlung der Soldatenräte, sie fand am 11./12. Dezember 1918 in Stuttgart statt, verabschiedete „Richtlinien für die württembergischen Soldatenräte“ und beschloss den Aufbau von Sicherheitskompanien (Kolb/Schönhöven, S. 68). Der Soldatenrat richtete daher für die Stadt, wie schon erwähnt, einen militärischen Sicherheitsdienst ein. Er setzte sich aus 20 Mann und einem Unteroffizier (Sergeant Stern) des Ersatz-Infanterieregimentes 475 zusammen und hatte sein Quartier, das zugleich Wachlokal war, im Saal des „Dreikönig“ am Marktplatz. Die Ausrüstung der Truppe bestand aus einem Karabiner, 20 Schuss Munition, Seitengewehr und „roter Armbinde, besonderer Ausweis mit Unterschrift des Arbeiter- und Soldatenrats“ pro Mann. Das Kommando führte bei Tag und Nacht Streifengänge durch, wobei laut „Anweisung für die Ortswache Biberach besonders gefährdete Läden (Nahrungsmittel, Kleider), bürgerliche Gebäude: Oberamt, Rathaus, Amtsgericht, Bahnhof, Gasanstalt, Museum; militärische Gebäude“ zu überwachen und zu sichern waren. Aber auch die „Kontrolle des Wirtshausschlusses im Einvernehmen mit dem diensthabenden Schutzmann“ gehörte zum Pflichtprogramm des mi-

litärischen Sicherheitsdienstes. Eine besondere heikle Aufgabe wurde den Soldaten mit einem Schreiben des Stuttgarter Arbeitsministeriums vom 29. März 1919 übertragen: „Verfehlungen gegen den gesetzlichen Achtstundentag (sind) sofort der Staatsanwaltschaft zur zuständigen strafrechtlichen Verfolgung zu übermitteln. (...) Das Oberamt hat die einschlägigen Bestimmungen über die Betriebschlußzeit und den Achtstundentag wiederholt im Amtsblatt bekannt gemacht und die Polizeibehörde und die Sicherheitskompanie 13 zur Vornahme von Kontrollen angehalten.“

Vorsitzende des Soldatenrates

Die Leitung des Soldatenrats übernahm am 17. November 1918 der Offizier-Stellvertreter Liesche, der Leutnant Schirlitz, er war nur sechs Tage Vorsitzender, ablöste. Liesche wiederum legte sein Amt bereits am 29. November 1918 nieder, seine Nachfolge trat der „Delegierte des Reservelazaretts Gefreiter Speckle an, den man nur als einen ruhigen und braven Kameraden kenne“. Sondernlich in Erscheinung trat der Soldatenrat in der Stadt insgesamt nicht mehr. Auf der 4. Landeskonferenz der Soldatenräte vom 19. bis 21. März 1919 in Stuttgart war Biberach bereits nicht mehr vertreten. (Kolb/Schönhöven, S. 69.) Der Gefreite Speckle dürfte den Vorsitz des Biberacher Soldatenrates wohl noch bis zum 15. April 1919 inne gehabt haben. An diesem Tag wurde auf Anordnung der Stuttgarter Zen-

tralleitung der Sicherheitskompanien der „Rest des Kommandos Biberach zurück nach Leutkirch gezogen. Die bisherigen Sicherheitsorgane, Polizei und Landjägerschaft, müssen nun wieder allein den öffentlichen Sicherheitsdienst übernehmen.“

Die Bauernräte im Oberamt

In der ländlichen Umgebung der Oberamtsstadt bildeten sich vom November 1918 bis Januar 1919 in den Gemeinden Ummendorf, Warthausen, Ochsenhausen, Reinstetten, Bergerhausen, Höfen, Äpfingen, Mittelbiberach und Mittelbuch lokale Bauernräte. Ihre Interessen und Anliegen konnten sie auf den Versammlungen des Bezirksrates des Oberamtes vorbringen. Hierbei handelte es sich fast ausschließlich um Fragen, die im Zusammenhang mit unerlaubtem Verkauf von Lebensmitteln, dem so genannten Schleichhandel, der illegalen Schlachtung (Schwarzschlachtungen)

und der Lagerung sowie dem Vertrieb von landwirtschaftlichen Produkten standen.

Offenbar war aber der Rückhalt der Bauernräte in der ländlichen Bevölkerung nur sehr gering. Anlässlich der Sitzungen des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrats Biberach am 9. Februar und am 17. April 1918 wurde vom Vorsitzenden wiederholt die wenig hilfreiche und lustlose Arbeit der Delegierten der Orts-Bauernräte in diesem Gremium und in den Gemeinden getadelt. Trotz beabsichtigter und zumindest auch teilweise erfolgter Aufklärungs- und Werbeaktionen in den Dörfern war dem Rätegedanken auf dem Lande kein nachhaltiger Erfolg beschieden. So konnte man dann auch im Bericht des „Anzeiger vom Oberland“ vom 25. November 1919 über die Sitzung des Bezirksrates folgerichtig lesen: „Nur die Landwirte waren nicht erschienen, was auf die Gründung eigener Bauernvereine zurückzuführen sein dürfte.“

Der Arbeiterrat und seine Kommissionen

Ein zentraler Punkt der ersten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats, die am 19. November 1918 im Gasthaus „Zum Schatten“ abgehalten wurde, war die Wahl der Mitglieder verschiedener Kommissionen. Gemäß seiner Zielsetzung, keine revolutionären Veränderungen anzustreben, sondern eine gesellschaftliche Kontrollfunktion wahrzunehmen, setzten sich der Arbeiterrat und seine Kommissionen aus Vertretern der wichtigsten damaligen Klassen- und Interessenorganisationen zusammen. Der Vorstand wurde überwiegend aus Arbeitern gebildet. In der „Präsenzliste“ des Protokollbuches stehen für den Vorstand folgende Namen: Karl Ott, Schreiner, als Vorsitzender und Geschäftsführer; Karl Lieb, Bäcker am Schweinemarkt, Stellvertretender Vorsitzender; Landolin Kopp – später Georg Bäuerle, Tep-

Die Mitglieder des Landesausschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Württembergs im Frühjahr 1919. Stehend, Fünfter von links: Schreiner Karl Ott, Vorsitzender des Biberacher Arbeiterrates und des Bezirksarbeiterrates Biberach. Er war Mitglied des Landesausschusses der Arbeiterräte und Kandidat der Sozialdemokraten für die Verfassungsgebende Württ. Landesversammlung.

Foto aus: Kolb/Schönhöven, Räteorganisationen, 1976



pichweber, und Paul Gierig, Hutmacher – hatten das Amt des Schriftführers inne und Hans Fink, Kaufmann, fungierte als Rechnungsführer. Zum Ausschuss gehörten aber auch die Vertreter fast aller anderen Berufsgruppen (Frauen fehlten allerdings).

Das Protokollbuch weist als Mitglieder aus: Gewerbliche Arbeitnehmer: Winter (Metalldrücker), Herold (Flaschner), Strengle (Steinhauer), Neubrand (Maler); Katholischer Arbeiterverein: Braith (Schreiner); Evangelischer Arbeiterverein: Gruß (Seegrasspinner); Hirsch-Dunkerscher Gewerkeverein: Nickel (Gerber); Gewerbeverein: Diamant (Schornsteinfegermeister); Kaufmännischer Verein: Müller, Kaufmann zum alten Oberamt; Beamte und Unterbeamte der Stadt: Durach (Kanzleirat); Lehrer in Stadt und Bezirk: Kuhn (Hauptlehrer); Freie Berufe: Dr. Schmidt (Amtsrat beim Oberamt), Schnopp (Rechtsanwalt); Bauernrat: Held (Güterbesitzer-Verein Biberach), Gerster (Ökonom, Güterbesitzer-Verein Biberach); Landwirtschaftlicher Verein: Köstlin (Ökonomierat), Ochsenhausen, Mock (Gutspächter), Warthausen, Dangel (Schultheiß), Äpfingen, Fliegau (Anwalt), Rindenmoos.

Verschiedene Kommissionen sollten die Anliegen der Bevölkerung aufnehmen und die Beschlüsse des Arbeiter- und Bauernrates bekannt geben sowie deren Ausführung überwachen und ihnen gegebenenfalls Nachdruck verleihen. Wichtigstes Organ war der wöchentlich tagende Vollzugsausschuss. Daneben gab es noch den Wirtschaftsausschuss, die Wohnungskommission mit dem Stadtschultheißen Doll als Vorsitzenden, auch Stadtbaumeister Rupf war vertreten, und den Lebensmittelausschuss, hier war der Stadtschultheiß ebenfalls Vorsitzender. Im Mai 1919 kam dann noch der Forstausschuss hinzu, dem Oberförster Dr. Köhler, Geometer Wollenmeider und der Geschäftsführer des Arbeiterrates Ott sowie der Waldarbeiter Schlotz angehörten.

Gerechte Lebensmittel – Anteile für jede Familie

Besonders in den Bereichen der Kontrolle der Lebensmittelpreise und der Suche nach Wohnraum griff der Arbeiterrat, und hier wiederum die Mitglieder des Vollzugsausschusses, mit eigenen Initiativen in das Gesche-



Der Teppichweber und Gemeinderat Georg Bäuerle war von Dezember 1918 bis Juli 1919 Schriftführer des Arbeiter- und Soldatenrates.
Foto: privat

hen in Stadt und Oberamt ein. Dazu schrieb der „Anzeiger vom Oberland“ anlässlich der ersten Vollversammlung des Arbeiter- und Bauernrates, sie fand am 6. Dezember 1918 ebenfalls im Lokal „Schatten“ statt, unter anderem: „Der Tätigkeitsbericht erstreckte sich auf die wichtigsten Punkte der Lebensmittelversorgung. Auf Veranlassung des Vollzugsausschusses wurde Malzfabrikant Angele, Warthausen veranlasst, ein größeres Quantum Betriebsöl an die Firma Straub, Kunstmühle und Elektrizitätswerk daselbst, abzugeben, andernfalls der Betrieb eingestellt werden müsste und die Landwirte von etwa 6–7 Orten ohne Licht und Kraft wären.“ An die Landwirte sollten „sofort Fruchtsäcke zur Ablieferung von Getreide“ abgegeben werden und

mit den Milchhändlern „muß Rücksprache gehalten werden, damit jede Familie, insbesondere diejenigen mit kleinen Kindern, ihren gerechten Anteil bekommt.“ (AvO, 10. Dezember 1919.)

Die Versorgung mit Milch blieb ein Dauerbrenner auf den Tagesordnungen des Arbeiterrates. Das Protokoll vom 31. Januar 1919 enthielt die Forderung nach „Einrichtung einer Milchsammlungsstelle (Bezirksmilchbank), die die zentrale und gerechte Versorgung der Milch übernehmen soll“. Unter dem Datum vom 5. Mai 1919 wurde „von Teilnehmern angeführt, daß es endlich an der Zeit wäre, daß von Seiten der Stadt der Milchmarkt organisiert würde und die Milch straßenweise an die Händler abgegeben werden muß“. Am 28. August 1919 erhob



In den Räumen der damaligen Gewerbeschule (heute: Kirchplatz 10) hatte der Arbeiter- und Soldatenrat sein Büro. Hier fanden von Dezember 1918 bis Januar 1920 zahlreiche Sitzungen seiner Kommissionen und Ausschüsse statt.
Foto aus: Diemer, Altbiberach, Biberach 1990

sich im Protokollbuch sogar der Ruf „nach Milchkontrolle (wegen schlechter Qualität, Verwässerung) durch einen auswärtigen Kontrolleur“. Insgesamt wurden über die gesamte Dauer des Bestehens des Arbeiterrats immer wieder Klagen über die steigenden Preise und die immer spürbarere Knappheit von Lebensmitteln aus der Bevölkerung an den Vollzugsausschuss herangetragen. Besonders der Mangel an Grundnahrungsmitteln wie Mehl, Zucker (zum Einkochen von Früchten), Fleisch und Speck führte zu Klagen. Importe aus den Vereinigten Staaten (Weizenmehl, Speck) erwiesen für viele als nicht bezahlbar. Zur besseren Preiskontrolle forderte man die Stadtverwaltung auf, „die Lebensmittelpreise per Plakatanschlag in den Geschäften und Marktständen bekannt zu geben.“

Kirschenkrieg

Besonders dramatisch verlief aber offensichtlich der Verkauf von Sonderangeboten an Tabak und Kirschen im Juni und Juli 1919: Erbst und ver-

ärger reagierten die Mitglieder der Arbeitervereine, als ihnen „kein Gramm Tabak zugekommen ist, andere haben 5 Pfund nach Hause getragen“; man hatte allerdings versäumt, selbst kaufberechtigte Delegierte auf den Marktplatz zu entsenden. Ähnliches geschah, als „ein Waggon Kirschen“ angeboten wurde, auch hier gingen die Arbeitervereine leer aus. In beiden Fällen fühlten sich jedoch Teile der Arbeiterschaft durch das angebliche Fehlverhalten des Arbeiterrats und der zuständigen Beamten des Rathauses um den Erwerb dieser damaligen Luxusartikel betrogen. Während bei der Tabakversorgung bald eine gütliche Einigung erreicht wurde, steigerte sich der Streit um die Kirschen derart, dass der Schriftführer des Arbeiterrats, Gemeinderat Georg Bäuerle, sein Amt niederlegte.

Soldaten sichern den Achtstundentag

Eine ganz andere Art von Schwierigkeiten bereitete dem Arbeiterrat of-

fenbar aber die Einhaltung der gesetzlich garantierten Arbeitszeit von täglich acht Stunden: „Die Mitglieder der Kontrollkommission müssen sich sogar von manchen Geschäftsleuten eine ganz unangebrachte Behandlung gefallen lassen. Daher soll um der ganzen Sache mehr Nachdruck zu verleihen, zu den Kontrollgängen 2 Soldaten der Sicherheitskompanie zugezogen werden“, hieß es dazu in dem Protokoll vom 16. Januar 1919.

Schleichhandel mit „30 Pfd. Käse“

Schon Anfang Januar 1919 wurde auf der Sitzung des Arbeiterrats laut Protokoll „dasselbst angeregt, daß Landjäger, Schutzleute und die Mannschaften der Sicherheitskompanie gegen die Schleichhändler und Hamsterer scharf vorgehen sollen“. Das war auch sicherlich nötig, um die allgemeine Versorgung mit Nahrungsmitteln aufrecht zu erhalten. Welches Maß das Hamstern annehmen konnte, zeigt eine Notiz im „Anzeiger vom Oberland“ vom 7. Januar 1919 in der es hieß: „... wurde auf dem (Bibera-

cher) Bahnhof von den hiesigen Landjägern eine recht erfolgreiche Lebensmittel-Hamsterin angehalten. Es war dies ein Dienstmädchen eines Stuttgarter Fabrikanten. Dieselbe besaß eine geschlachtete Gans, 9 1/2 Pfd. Butter, 30 Pfd. Käs, 22 Pfd. Mehl und 30 Pfd. Schmalz". (Später wurde laut Protokoll des Arbeiterrates „in Sachen des Dienstmädchens, das beim Hamstern (...) für ihre Herrschaft gefaßt wurde, beschlossen, daß letztere eine Buße von 20 Mark an die Gefangenenfürsorge zu bezahlen hat".) Allerdings nahmen sich diese Hamstermengen geradezu bescheiden aus, wenn man im Protokoll vom 28. Juni 1919 lesen konnte, dass „bei der Malzfabrik in Warthausen 862 Zentner Brotfrüchte beschlagnahmt" worden seien.

Illegal erworbene Lebensmittel kamen in der Regel zur baldigen Verteilung. In den Aufzeichnungen des Arbeiterrates ist zum Beispiel festgehalten, daß „102 Pfund beschlagnahmtes geräuchertes Fleisch zu gleichen Teilen an die Mitglieder der christlichen und der freien Gewerkschaften sowie an den Gewerkverein zum Preis von 3,50 Mark berechnet abgegeben" wurden und an anderer Stelle hieß es „... daß ein Antrag an das Oberamt gestellt werde, um (beschlagnahmte Backwaren) an die hiesigen Schulkinder verteilen zu lassen". Die Lagerung der von den Behörden sichergestellten Lebensmittel erfolgte anfangs im Hotel „Krone" (heute Hindenburgstraße 15), ab Februar 1919 im Kellergeschoss der Gewerbeschule (heute Waaghausstraße 13) und einen Monat später, ab Ende März, geschah die Verwahrung im Rathaus der Stadt. Anzumerken ist noch, dass beim legalen Verkauf der beschlagnahmten Lebensmittel vom Arbeiterat „eine gerechte Verteilung angeordnet" wurde, bei der „diejenigen hiesigen Wirtschaften besonders berücksichtigt werden, die die Kostgängerei an die hiesige Arbeiterschaft betreiben".

Strenge Überwachung der Sommergäste

Reisende sowie Kur- und Sommergäste gerieten leicht in den Verdacht, Schleichhändler zu sein: Im Mai 1919 erreichte den Arbeiterrat eine „anonyme Zuschrift", in der auf die „Anwesenheit eines sehr zechtüchtigen Gastes und seiner Frau in einem hiesi-

gen Hotel und deren anstößiges Benehmen geschildert (und) auch die Vermutung ausgedrückt (wird), daß diese Personen dem Schleichhandel obliegen". Ob dies den Tatsachen entsprach, konnte aus den Unterlagen des Arbeiterrates zwar nicht entnommen werden, aber bald darauf forderten seine Mitglieder vom Oberamt „eine strenge Überwachung der zu erwartenden Sommergäste durch eine Kommission". Der Bildung einer solchen wurde vom Oberamt zwar nicht zugestimmt, doch versprach es immerhin, „die ärztlichen Zeugnisse der Erholungsbedürftigen jeweils (zu) prüfen". Ab Ende Juni sollten dann zwei zusätzliche Schutzleute die Reisenden am „Bahnhof" streng auf Lebensmittel kontrollieren und gegen diejenigen Kurgäste, die sich nicht genügend ausweisen können, sollen strenge Maßnahmen getroffen werden".

Deutlich unzufrieden mit dem Verhalten des Bahnpersonals zeigte sich der Führer der Sicherheitskompanie. Er bedauerte im Februar 1919, dass „insbesondere von Beamten und dem Personal der Bahnverwaltung (bei Kontrollen) wenig Entgegenkommen gezeigt werde und sogar die Mannschaften in ihrem Dienst behindere".

Um den sich ständig ausweitenden Schleichhandel und die zunehmende Zahl der Felddiebstähle zu unterbinden, wurde ein vierter Feldschütz eingestellt „und das Polizeiwesen der Stadt modernisiert. Die Anstellung eines Kiminalschutzmannes in Civil und die Beschaffung von einigen Polizeihunden für nächtliche Kontrollen" wurden ebenso von Gemeinde- und Arbeiterrat beschlossen, wie die bessere Bewaffnung der Schutzleute mit Revolvern und die Aufstockung des Streifenpersonals um vier Hilfspolizisten.

Auch die Überwachung der Polizeistunde, deren Überschreitung „manchmal öffentliches Ärgernis erregt (...) besonders in Wirtschaften, die größtenteils vom besseren Publikum aufgesucht werden", gehörte zu den Pflichten der Sicherheitsorgane in der Stadt.

Vier neue Wohnungen im Armenhaus

Eine bei Teilen der Bevölkerung nicht gerade beliebte Aufgabe hatten die Mitglieder der Wohnungskommission zu erfüllen: „Der (eingesetzten

Kommission) wurde bei der Besichtigung der leerstehenden Wohnungen teilweise Entgegenkommen von Seiten der Besitzer gezeigt, wogegen bei mehreren nur mit energischem Vorstellen der beabsichtigte Zweck erreicht werden konnte", hieß es dazu in einem Protokoll des Arbeiterrates. Die Mitglieder des Gemeinderates, Stadtschultheiß Doll und Stadtbaurat Rupf arbeiteten in Fragen der Wohnraumbeschaffung eng mit dem Arbeiterrat zusammen.

Die Stadt trat dem „Verein schwäbischer Bürgerheime" bei, um neu gegründeten Familien Steuervergünstigungen zu beschaffen. In nicht genutzten Räumen öffentlicher Gebäude richtete sie Wohnungen für Beamte ein und im Armenhaus konnten vier Wohnungen – „mit einem Stück Gartenland" – für bedürftige Bürger bereitgestellt wurden. Von ihrem Beschlagnahmerecht machten die städtischen Behörden wohl kaum Gebrauch, auch wenn es offensichtlich Missstände – ein „Major belegt mit seinem Sohn 3–4 Wohnungen" – gab.

Auch drastische Maßnahmen sollten aus der Wohnraummisere helfen, so wurde zeitweilig der „Zuzug von Mietern von auswärts nicht mehr gestattet". Mitverantwortlich für Wohnungsfragen war ab dem 13. Mai 1919 die „Mieteinigungskommission". Ihr gehörten, neben dem Landgerichtsrat Rampacher, je zwei Vertreter der Hausbesitzer (Hugo Gutermann, Kaufmann zum Blumenstrauß, Anton Schmid, Bauunternehmer) und zwei Mieter (Friedrich Schmid, Abteilungsingenieur, August Scheck, Konditor) an.

Insgesamt blieb die Wohnungsfrage problematisch. Noch auf den letzten Seiten des Protokollbuches des Arbeiterrates wurde darauf hingewiesen, dass „im Bereich des Wohnungswesens leider noch keine wesentliche Besserung eingetreten ist".

Städtischer Kummerkasten

Die Aufträge, Wünsche, Anträge, Bittschriften, amtliche Anweisungen und Beschwerden, denen die Mitglieder des Arbeiterrates täglich ausgesetzt waren, stammten aus den unterschiedlichsten Bereichen und stellten ein Spiegelbild des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der Stadt unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs dar. Aus heutiger Sicht

mussten die von den Menschen vorgebrachten Probleme beinahe wie der Inhalt eines Kummerkastens an. Im Vordergrund standen Fragen zum Lohn und zu den Arbeitsverhältnissen: Die illegale Stellenvermittlung in Wirtschaften und die Forderung nach Entlassung der – kriegsbedingt eingestellten – weiblichen Arbeitskräfte und „Schreibfräuleins“ in Betrieben (Käseereien), öffentlichen Einrichtungen (Post, Bahn) und Amtsstuben gehörten ebenso dazu wie der Wunsch der Schwerarbeiter bei der Firma Vollmer nach einer Zulage. Weiter wurde ein Beitrag zur Unterstützung der Erwerblosenfürsorge und die Gewährung einer Heizzulage für die vom Spital beschäftigten Tagelöhner sowie die Unterstützung bei der Beschaffung von Arbeitskleidung gefordert. Die Kellnerinnen mussten um den ihnen gesetzlich zustehenden wöchentlichen freien Nachmittag kämpfen und der Arbeiterrat hatte sich zu bemühen, „die traurigen Lohnverhältnisse in einem hiesigen Fuhrbetrieb“ zu verbessern. Die Frage, ob die so genannten Notstandsarbeiter zu Tätigkeiten in den städtischen Wäldern und zum Schneeräumen eingesetzt werden sollen beschäftigten die Mitglieder des Vollzugsausschusses ebenso wie die Einhaltung der 8-stündigen Arbeitszeit für Lehrlinge in Gärtnereien sowie in Mühlenbetrieben und bei Maurermeistern. Nicht selten standen unterschiedlichste Themen, wie beispielsweise die Einsparung von Heizmaterial im Winter durch Verlegung des morgendlichen Unterrichtsbeginns in den Schulen, die Regelung der Arbeitszeit und des Lohnes der Wäscherinnen im Jordanbad, die Bemühungen, eine Haltestelle der Bahn in Schweinhausen einzurichten und der Antrag auf Verlegung der Öffnungszeiten der Bade- und Waschanstalt (heute: Zeppelinring 50), um den weiblichen Angestellten der Kaufhäuser morgens Gelegenheit zum Baden zu geben, an einem Tage auf der Tages-

ordnung des Arbeiterrates. Aber auch Anfragen wie die der Firma Himmelsbach (Ummendorf) auf Sonderbenutzung eines Straßenzuges in Biberach, Ausgaben für den Bau der geplanten Bahnstrecke Biberach–Uttenweiler und die Vorbereitungen zur „Sammlung von Unterschriften zur Rückgabe unserer Kolonien“ beschäftigten den Arbeiterrat.

Zwei Mark Sitzungsgeld

Das Sitzungsgeld für die Mitglieder des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates betrug zwei Mark. Geschäftsführer Ott erhielt für seine Tätigkeit 225 Mark im Monat. Die Gesamtsumme, die die Stadtkasse an den Arbeiterrat vom Dezember 1918 bis zum Januar 1920 auf Anweisung der Landesregierung auszuzahlen hatte, belief sich auf 8300 Mark. Verantwortliche Rechnungsprüfer waren Kaufmann Georg Müller zum alten Oberamt sowie Kanzleirat Durach. In der Buchführung des Arbeiterrates waren unter anderem Ausgaben für Zeitungsgeld, Telefonate, Schreibmaterial, Zuschüsse für Lebensmittel während des Dienstes, Zeitungsinserte, Bürowaren, Zuschuss für Auskünfte und für die Lebensmittelverteilung sowie Dienste im Büro des Arbeiterrates verzeichnet.

Auflösung „im Bewußtsein treuer Pflichterfüllung“

Nachdem sich nahezu alle lokalen Arbeiterräte bis zur Jahreswende 1919/1920 aufgelöst hatten, kam auch für den Biberacher Arbeiterrat im Januar 1920 das Ende. Geschäftsführer Ott hatte zu diesem Zeitpunkt festgestellt, „indem der Sache (des Arbeiterrates) wenig Interesse entgegen gebracht wird, ist jetzt der Zeitpunkt, den Arbeiterrat aufzulösen“. Die letzte Sitzung des Gremiums fand am 29. Januar 1920 statt. Neben Amtsrat Dr. Schmidt und Kanzleirat Durach waren noch Geschäftsführer

Ott, 2. Vorsitzende Lieb und Schriftführer Nickel anwesend. Als letzte Handlung riefen sie gemeinsam zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung, insbesondere der Kinder, in Wien und Vorarlberg auf. Danach beschlossen sie, bei „Eintreffen der Entlastung (durch den Landesauschuß in Stuttgart) noch einmal gemeinschaftlich zusammen zu kommen und dann mit dem Bewußtsein treuer Pflichterfüllung auseinander zu gehen“.

Nach Kassenschluss wurde der jetzt nicht mehr benötigte finanzielle „Saldo von 101,40 Mark an die Stadtgemeinde zurück erstattet“.

Die endgültige Auflösung der Arbeiterräte vollzog sich in Württemberg zum 31. März 1920. Der Rätegedanke insgesamt wurde zwar in der Form des Reichswirtschaftsrates und der Betriebsräte in die Weimarer Verfassung übernommen, das Räte-system als solches hatte aber weder verfassungs- noch sozialpolitisch im parlamentarisch-demokratischen System der Weimarer Republik einen Platz.

Reinhold Adler aus Ummendorf-Fischbach hat mir seine Kopie des Protokollbuches des Biberacher Arbeiter- und Soldatenrates für diese Arbeit zur Verfügung gestellt. Dafür sage ich ihm meinen ausdrücklichen Dank!

Quellen, Literatur

- Anzeiger vom Oberland
- Stadtarchiv Biberach: Gemeinderatsprotokolle 1918/19.
- Kolb, Eberhard/Schönhöven, Klaus: Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19, Düsseldorf 1976.
- Stievermann/Press/Diemer (Hrsg.): Geschichte der Stadt Biberach, Stuttgart 1991.
- Sämtliche, nicht gesondert belegte, Zitate: Stadtarchiv Biberach, Altregistratur Bd. I, E Nr. 518.